

# Sperrlisten: Casinos wollten Abkommen gerichtlich kippen

Drei Casinos versuchten, den Sperrlisten austausch mit der Schweiz noch in letzter Minute zu verhindern.

**David Sele**

Seit dem 7. Januar können in der Schweiz gesperrte Spieler nicht mehr in Liechtensteiner Casinos und umgekehrt. Grund ist ein Abkommen zwischen den beiden Ländern, welches Anfang Jahr in Kraft getreten ist. Seither verzeichnen die Casinos gemäss eigenen Angaben teils horrende Umsatzeinbussen von bis zu 80 Prozent.

Wie nun bekannt wird, haben drei Spielbanken – noch bevor das Abkommen in Kraft getreten ist – auf gerichtlichem Weg versucht, dieses zu

verhindern. Bereits Anfang Dezember gelangten sie mit einer Individualbeschwerde an den Staatsgerichtshof (StGH), weil sie sich in ihren Grundrechten verletzt sehen.

Das Höchstgericht hat die Beschwerde Anfang Februar nun vollumfänglich abgewiesen, wie es in einer Mitteilung des StGH vom Freitag heisst: «Der Staatsgerichtshof beurteilt das Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und

Spieler im Geldspielbereich vom 20. Oktober 2022 als verfassungs- und EMRK-konform.»

## **Moratorium macht Bewilligungen nicht zu einer Konzession**

Die verfassungsmässige Eigentumsgarantie sei nicht betroffen, weil mittlerweile ein Bewilligungssystem besteht. Alle Unternehmen, welche die Voraussetzungen erfüllen, dürfen ein Casino in Liechtenstein betreiben. «Die Eigentumsgarantie wäre dann betroffen, wenn nur eine beschränkte Zahl von Konzessionen vergeben würde», heisst

es in der Mitteilung. Die Casinos argumentierten zwar, dass durch das Bewilligungsmoratorium, welches seit 2022 gilt, das Bewilligungssystem de facto ausser Kraft gesetzt worden sei. Somit seien die bestehenden Bewilligungen wie eine Konzession zu bewerten. Der StGH folgte dieser Sichtweise aber nicht. Nur weil derzeit keine Bewilligungen mehr erteilt werden, sei es nicht so, dass die bestehenden Casinos gezielt ausgesucht und mit einem Recht ausgestattet wurden, wie es bei einer Konzession der Fall wäre. Zudem sei das Moratorium bis Ende 2025 befristet. **3**

# StGH: Casinos mussten wissen, dass Sperrlisten austausch kommt

Gemäss Gericht hatten die Casinos nie Anlass zu glauben, dass sie sich auf die bei ihrer Gründung bestehende Rechtslage verlassen könnten.

Der Widerstand der Spielbanken gegen das Sperrlistenabkommen mit der Schweiz war lange leise. Zunächst hielten sie sich wegen der Volksabstimmung über ein Casinoverbot zurück. Nachdem das Volk das Verbot ablehnte, stellten Branchenvertreter zwar mehrfach die Sinnhaftigkeit des Sperrlisten austausches infrage: Gesperrte Spieler aus der Schweiz könnten schliesslich einfach in Österreich oder online weiter spielen, wenn sie nicht mehr in Liechtensteiner Casinos dürfen. Doch die mögliche Tragweite für die Casinos selbst wurde in der Öffentlichkeit stets heruntergespielt, zuweilen sogar negiert.

Erst kurz nachdem das Abkommen am 7. Januar 2025 in Kraft getreten war, läutete der Casinoverband die Alarmglocken. Von bis zu 85 Prozent Umsatzeinbussen ist die Rede. Die Existenz der gesamten Branche sei bedroht.

## Grundsatz von Treu und Glauben nicht verletzt

Am Freitag wurde nun bekannt, dass die Casinos auf den letzten Metern noch versucht hatten, das Abkommen zu verhindern. Dies jedoch ohne Erfolg. Eine



Ein später Versuch, das Sperrlistenabkommen noch zu kippen, ist gescheitert.

Bild: Tatjana Schnalzger

Anfang Dezember eingereichte Individualbeschwerde von drei Casinos wies der Staatsgerichtshof (StGH) am 4. Februar vollumfänglich ab. Unter anderem hatten die Casinos geltend gemacht, dass mit dem Sperrlistenabkommen der Vertrauensschutz verletzt worden sei. Schliesslich hätten die Casinos ihren Betrieb unter ganz anderen gesetzlichen Rahmenbedin-

gungen aufgenommen. Investitionen seien entsprechend mit einem langfristigen Horizont getätigt worden. Die nun erfolgte Änderung der Rahmenbedingungen und der damit einhergehende Umsatzeinbruch widerspreche dem Grundsatz von Treu und Glauben.

Beim StGH stiessen die Casinos damit aber auf keinerlei Gehör. Das Gericht hält in sei-

ner Urteilsbegründung fest, dass die Casinos von Anfang an damit rechnen mussten, dass der Sperrlisten austausch mit der Schweiz angestrebt wird. Dies geht bereits aus den Materialien aus dem Jahr 2016, als der Landtag den Wechsel vom Konzessions- zum Bewilligungssystem beschloss, hervor. Selbst in der Abstimmungsbrochüre zur Casino-Verbotsini-

tiative habe die Regierung den geplanten Sperrlisten austausch ins Feld geführt, um gegen das Verbot zu argumentieren. Weiter verweist der StGH auf die notorisch bekannte Skepsis in der Bevölkerung und die Kritik seitens der Schweizer Politik. «Insgesamt mussten deshalb die liechtensteinischen Spielbankenbetreiber von Anfang an mit einem grenzübergreifenden Datenaustausch rechnen, und sie hatten nie Anlass, an der festen Absicht der Regierung zu dessen baldiger Realisierung zu zweifeln», schreibt der StGH. Folglich sei der Grundsatz von Treu und Glauben nicht verletzt. Die Casinos hätten ihre Investitionen im Wissen getätigt, dass in der Schweiz gesperrte Spieler auf absehbare Zeit nicht mehr in Liechtensteiner Casinos spielen dürfen.

## Marktaustritt nach Amortisation denkbar

Folglich spielt es für den Staatsgerichtshof auch keine Rolle, ob die Investitionen bereits amortisiert werden konnten. Konkrete Angaben zum Vorbringen bezüglich Rentabilität hätten die drei beschwerdeführenden Casinos zudem

nicht gemacht. «Tatsächlich belegen die von der Regierung vorgelegten Zahlen eher, dass die Investitionen längst amortisiert sind und hohe Nettogewinne erzielt werden konnten», schreibt der StGH.

Nach diesem Urteil bleibt den Casinos also nur noch der politische Weg, um regulatorische Massnahmen zur Linderung der Umsatzeinbussen zu erwirken. Sofern Investitionen bereits amortisiert sind, dürfte sich für Investoren aber selbst dann die Frage stellen, wie lange sie noch im Markt verbleiben. In der Branche wird jedenfalls mit weiteren Schliessungen gerechnet.

David Sele

VL 15.2.2025